

Künstlersozialversicherung - kein Grund zur Euphorie: Antrag auf Abschaffung abgelehnt, Mobbing geht aber weiter

Die Proteste der letzten Tage waren erfolgreich, die Bundesländer haben im Bundesrat den Antrag abgelehnt, "die Künstlersozialversicherung abzuschaffen oder unternehmerfreundlich zu reformieren".

Gleichwohl besteht kein Anlass zur Euphorie. Mit dem Vorwurf der "Bürokratie" wird weiter gegen die Künstlersozialversicherung gemobbt. Auch Landesregierungen wie beispielsweise die von Baden-Württemberg wiederholen dieses Argumentationsmuster und meinen, dass die Künstlersozialabgabe nur noch für Zahlungen an Versicherte der Künstlersozialabgabe gezahlt werden sollte - was natürlich das Auftrags-Aus für alle KSK-Mitglieder bedeuten würde.

Es ist klar: Die Debatte ist noch nicht zu Ende, sie hat erst gerade unter dem Totschlagsargument "Bürokratie" begonnen. Die Wirtschaftsverbände und Kammerorganisationen wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber (BDA) sind nicht gewillt, so schnell aufzugeben. Verbände wie der CentralVerband der Deutschen Berufsphotographen (CV, Fotografenhandwerk) oder der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft erneuern die Kritik sogar vehement.